

Abüstungsfrage auf die Sowjetunion ausüben. Zugleich können die negativen Folgen nicht übersehen werden, die der Verfall moralischer Werte hatte, aber auch das zunehmende Gefühl der Menschen, als Individuum dem System macht- und bedeutungslos gegenüberzustehen.

Letztlich ist das Phänomen der Passivität der Bürger von Bedeutung, das von Seiten des Staates zunächst begrüßt wurde, sich aber auf Dauer gegen dieses wendete – denn er war nicht mehr fähig, die Massen zu mobilisieren. Diese Passivität war nur eine Seite der Medaille: Zugleich kam es zu einem allmählichen Erwachen der Bürgergesellschaft, diesem von Vítmeck als charakteristisch für die „demokratischen Revolutionen“^{12a} bezeichneten Prozess, und dazu, dass Kritik immer deutlicher formuliert und Missstände öffentlich angeprangert wurden. Dieser Prozess gipfelte in der DDR und in der ČSSR in den gegen das Regime gerichteten Demonstrationen des Jahres 1989. Auch wenn es letztlich diese Demonstrationen waren, an denen tausende, zehntausende und schließlich hunderttausende von Menschen teilnahmen, die den Fall des kommunistischen Regimes auslösten, müssen diese Demonstrationen doch als Resultat und gewissermaßen natürlicher Kulminationspunkt einer multikausalen Finalkrise verstanden werden, in der ökologische, ökonomische, politische und nicht zuletzt moralisch-soziale Ursachen zusammenkamen. Für das Ende der staatssozialistischen Regime in beiden Ländern ist die Verkettung dieser einzelnen Ursachen charakteristisch.

Aus dem Tschechischen von Christiane Brenner

Miroslav Kunšát

Die Wiedervereinigung Deutschlands und die tschechoslowakische Außenpolitik

Für die Außenpolitik der „normalisierten“ Tschechoslowakei galt bis zum Jahre 1989 die langfristige Existenz zweier deutscher Staaten als einer der Grundbausteine einer stabilen Friedensordnung in Europa, die nur auf der Bewahrung des nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Status quo beruhen konnte. Diese Haltung war nicht nur der Anlehnung an die sowjetische Außenpolitik geschuldet.¹ Die Nachkriegsordnung war zuletzt in der Präambel der Schlussakte von Helsinki (1975)² und auch im Abschlussdokument der KSZE-Folgekonferenz von Madrid (1983) noch einmal, wenn auch nicht explizit, festgeschrieben worden. In der sehr kleinen, doch pluralistischen alternativen Gemeinde der tschechischen und slowakischen Dissidenten (die so genannte alternative Polis innerhalb der Charta 77) wurden allerdings, verstärkt in der Zeit der Perestrojka, auch andere Modelle einer europäischen Ordnung diskutiert. Wie Jiří Dienstbier sich später schmunzelnd erinnerte, war es ein „Scherz der Geschichte“, dass der Aufbruch zu dieser Diskussion, der Prager Aufruf der Charta 77 vom 11. März 1985, genau am Tag der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär des ZK der KPdSU veröffentlicht wurde.³

1 Der frühere Dissident Luboš Dobrovský, der von Juni bis Oktober 1990 stellvertretender Außenminister und danach bis Juni 1992 Verteidigungsminister der ČSFR war, erklärte in einem Brief an den Autor dieses Beitrags vom 13.6.2003: „Die beiden deutschen Staaten waren Symbol dessen, was man im Osten die ‚Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges‘ nannte, und kaum einer im Westen hatte etwas dagegen. Noch in der Zeit nach dem November 1989, das kann ich als Teilnehmer an einigen Verhandlungen bezeugen, brachten wir unsere westlichen Partner in Verlegenheit, wenn wir zu erkennen gaben, dass wir die sog. Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nicht bewahren wollten.“

2 Der vollständige Text der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde damals in *Rudí právo* v. 6.8.1975 veröffentlicht.

3 Die Staatssicherheit sah darin das Ergebnis einer geheimnisvollen Koordination zwischen den tschechoslowakischen Dissidenten und gewissen Kreisen in Moskau. Mehrere Unterzeichner des Aufrufs wurden unmittelbar nach der Veröffentlichung verhaftet und verhört, darunter auch der spätere Außenminister Jiří Dienstbier, der als Sprecher der Charta 77 für die Endredaktion des Textes und seine Publikation verantwortlich war. „Bei mir haben sie untersucht, ob diese beiden Ereignisse koordiniert waren. Da haben sie uns also überschätzt – und Gorbatschew auch.“ Interview des Autors mit Jiří Dienstbier am 26.6.2003.

Der Aufruf bezog sich jedoch auf den bevorstehenden 40. Jahrestag des Kriegsendes, auf eine gewisse Stagnation im Hellsinki-Prozess und auf einige Debatten, die im Ausland in Kreisen der Friedensbewegung geführt wurden. Dieser Kontext des Dokumentes ist heute nicht mehr ganz deutlich, zum Teil auch dank der späteren scheinbaren Herauslösung und Dekontextualisierung eines Teils des Aufrufs in Dienstbiers Buch „Träumen von Europa“ (Samisdat 1986),⁴ das am meisten zu seiner Verbreitung beigetragen hat. Bei aufmerksamer Lektüre wird jedoch der ursprüngliche Kontext des Hellsinki-Prozesses in jeder Passage des Buches sichtbar. Auch Jiří Hájek und Václav Havel haben später auf diesen Hintergrund und auf den lebhaften Austausch mit der westeuropäischen Friedensbewegung hingewiesen.⁵

Der Prager Aufruf verband im tschechoslowakischen Milieu zum ersten Mal seit Ende des Krieges die Perspektive einer Vereinigung Europas explizit mit der Wiedervereinigung Deutschlands:

„Gestehen wir jedoch den Deutschen offen ihr Recht zu, sich frei zu entscheiden, ob und in welchen Formen sie die Verbindung ihrer beiden Staaten in ihren jetzigen Grenzen wollen. Nach den Bonner Ostverträgen und nach Hellsinki könnte der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu einem bedeutenden Instrument positiver Veränderungen in Europa werden.“⁶

Diese Thesen wurden freilich nicht nur von der tschechoslowakischen kommunistischen Presse abgelehnt. Verlegen reagierten auch einige polnische und ostdeutsche Dissidenten sowie viele Intellektuelle im westlichen Ausland. In seiner Haltung zur deutschen Frage war der Prager Aufruf seiner Zeit weit voraus. Es ging ihm dabei anknüpfend an eine frühere Erklärung vom 15. Juni 1983 in erster Linie darum, der Friedensdiskussion neue Impulse zu geben. Nach Václav Havel wollte er vor allem „lapidar sagen [...] dass ein Frieden, der nicht

- 4 DIENSTBIER, Jiří: *Sněží o Evropě: Politický esej [Träumen von Europa. Ein politischer Essay]*. Praha 1990, S. 63 f.
- 5 HÁJEK, Jiří: *Paměti [Erinnerungen]*. Praha 1997, S. 327 f. — Vgl. auch die nicht autorisierte Mitschrift eines Gesprächszyklus des Präsidenten der ČR, Václav Havel, mit Doktoranden der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Prager Karlsuniversität im Studienjahr 1999/2000, Gespräch am 14.10.1999, Kanzlei des Präsidenten der Republik a. D. Václav Havel, Sekretariat.
- 6 Kritische Edition der tschechischen Originalfassung des Prager Aufrufs in: ČISÁKOVSKÁ, Blanka/PREČAN, Vilém: *Charta 77. Dokumenty 1977–1989 [Charta 77. Dokumente 1977–1989]*, Bd. 2. Praha 2007, S. 692–694. — Die deutsche Übersetzung u. a. in: Dissidenten, Präsidenten und Gemütskranke, Jürgen FUCHS u. Vlasta WALLAT: *Essen 1998, S. 277–280. — Angesichts der Bedeutung des Dokumentes überrascht es, dass der Text nicht in der ersten umfangreichen Dokumentation zur Charta 77 aus dem Jahre 1990 abgedruckt ist. Dort wird er nur in der Übersicht aller Texte der Charta 77 erwähnt. Charta 77. 1977–1989. Od morální k demokratické revoluci [Die Charta 77. 1977–1989. Von der moralischen zur demokratischen Revolution]*. Hg. v. Vilém PREČAN. Scheinfeld–Praha–Bratislava 1990, S. 423.

auf Gerechtigkeit, auf der Achtung der Freiheit des Individuums gegründet ist, eigentlich gar keiner ist. Er ist ein falscher Frieden.“⁷

In den „realpolitischen“ Kreisen des Westens stieß dieses Dokument auf wenig Anklang. Die einzige Stellungnahme von Bedeutung fand Michal Reiman in einem Artikel von Hannelore Horn für das *Deutschland Archiv*.⁸ Ein genauerer Vergleich aller Arbeitsversionen des Dokumentes, die Rekonstruktion der damaligen internen Diskussionen in der Charta 77, die vor allem von Jaroslav Šabata, Petr Uhl und Jiří Dienstbier angeregt wurden, steht noch aus. Auch ist es möglich, dass einige Reaktionen auf den Aufruf bislang unbekannt geblieben sind. Fest steht jedoch, dass trotz divergierender Meinungen keiner der Unterzeichner der Charta 77 nach der Veröffentlichung des Dokumentes gegen seinen Inhalt protestierte oder ein separates Votum dazu formulierte.⁹

Unter den Unterzeichnern des Prager Aufrufs finden wir bedeutende Akteure der Außenpolitik in der Zeit nach der Samtenen Revolution von 1989: Jiří Dienstbier, Luboš Dobrovský, Ján Čarnogurský, Jiří Hájek. Diese Vorgeschichte macht die insgesamt positive Haltung der Führung der tschechoslowakischen Diplomatie nach der Samtenen Revolution zu einer schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten verständlicher und mag erklären, warum die tschechoslowakische Position in dieser Frage von Anfang an wesentlich klarer und entgegenkommender war als beispielsweise die vorsichtige und abwartende Haltung Polens, von den Vorbehalten und Befürchtungen in Frankreich, Großbritannien oder der UdSSR ganz zu schweigen.¹⁰ Auf seiner ersten Auslandsreise als Präsident der ČSSR, die ihm am 2. Januar 1990 in beide deutsche Staaten

- 7 Zit. nach Gesprächszyklus des Präsidenten der ČR, siehe Anm. 5.
- 8 HORN, Hannelore: *Die Deutsche Frage im Spektrum europäischer Linker*. In: *Deutschland Archiv* (1988), Heft 6, S. 634–647. — Vgl. REIMAN, Michal: *Die deutsche Einheit und der tschechische Dissens*. In: *Dissidenten, Präsidenten und Gemütskranke*, S. 211–216.
- 9 Vgl. ausführlicher zu den Hintergründen des Prager Aufrufs neuerdings VILÍMEK, Tomáš: *Solidarita napříč hranicemi. Opozice v ČSSR a NDR po roce 1968 [Solidarität quer über die Grenze. Die Opposition in der ČSSR und der DDR nach dem Jahre 1968]*. Praha 2010, S. 226–240.
- 10 LUDWIG, Michael: *Polen und die deutsche Frage. Mit einer Dokumentation zum deutsch-polnischen Vertrag vom 17. Juni 1991*. Bonn 1991, S. 38–138. — THARTNER, Margaret: *The Downing Street Years*. London 1993, S. 790–798, und viele andere. — Obwohl die Archivbestände zu dieser Zeit noch überwiegend gesperrt sind, ist die Literatur zu den Umständen der Wiedervereinigung Deutschlands und ihren außenpolitischen Implikationen bereits jetzt kaum überschaubar. Hinzu kommen in jedem Jahr neue Bücher mit Erinnerungen der damals Beteiligten (Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Richard von Weizsäcker, Egon Krenz, Gyula Horn, Michail Gorbacëv, Henry Kissinger, in der ČR vor allem Jiří Dienstbier und Jiří Sedivý). — Einen sehr guten und ausführlichen Überblick bieten mit dem Abstand von zehn Jahren WEIDENFELD, Werner/WACKNER, Peter M./BRUCK, Elke: *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90. Geschichte der deutschen Einheit*. Bd. 4. Stuttgart 1998.

führte, erklärte Václav Havel: „Bei einem friedliebenden und demokratischen Staat, ganz gleich wie groß er ist, muss man keine Befürchtungen oder Angst haben.“ Dennoch müsse der Prozess einer Wiedervereinigung Deutschlands „Teil eines europäischen Vereinigungsprozesses sein, er muss auf der Grundlage von Verhandlungen erfolgen und nicht irgendeine wild.“¹¹

Havel ging damals also noch von einer zeitlichen Parallelität beider Prozesse aus. Bereits in seiner Rede im polnischen Sejm erklärte er jedoch am 25. Februar 1990 mit Blick auf die rasante internationale Entwicklung in dieser Frage, dass es „so bald als möglich“ zu einer Vereinigung kommen sollte. Außenminister Dienstbier hatte dagegen noch im Dezember 1989 mit einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren gerechnet.¹² Offiziell stellte die Tschechoslowakei keine Bedingungen. Die konfusen Äußerungen einiger deutscher Politiker, namentlich Helmut Kohl, zur Oder-Neiße-Grenze wurden aber auch hier aufmerksam registriert.¹³

In aller Stille und wohl in Erwartung einer baldigen deutschen Wiedervereinigung beschloss die tschechoslowakische Regierung am 25. Januar, Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland über nicht durch die Reparationen abgedeckte Ansprüche von Verfolgten aufzunehmen (Beschluss Nr. 51/90), die später als „Sondierungsgespräche zur Lösung aller offenen vermögensrechtlichen Fragen, die zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind“, bezeichnet wurden. Auf die entsprechende Note des tschechoslowakischen Außenministeriums reagierte die BRD jedoch nicht. Es folgten zwei weitere Noten in dieser Sache, die unbeantwortet blieben, und auch die Bemühungen des tschechoslowakischen Botschafters in Bonn, Milan Kadhnár, hatten keinen Erfolg. Erst in einem Gespräch mit dem ersten Stellvertreter des tschechoslowakischen Außenministers, Robert Harenčár, formulierte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Hans Werner

Lauteschlager, am 19. September in Bonn die ablehnende Haltung der Bundesregierung, denn es sei, „nicht möglich, die Haltung einer zukünftigen gesamten deutschen Regierung und des Parlamentes zu präjudizieren.“¹⁴

Diese Argumentation erschien jedoch vielen als zweifelhaft. Die DDR sollte der BRD auf der Grundlage von Artikel 23 des Grundgesetzes beitreten, dadurch entstand kein ‚neuer‘ Staat in Europa. Die Regierung der Tschechoslowakischen Föderativen Republik (*Československá federativní republika*, ČSFR) wollte die Verhandlungen unter anderem auch aufnehmen, um die Nervosität und Aufregung in Teilen der tschechoslowakischen Öffentlichkeit angesichts neuer sudetendeutscher Eigentumsforderungen zu dämpfen.¹⁵ Das bedeutete auch, dass sie Verhandlungen über sämtliche vermögensrechtlichen Fragen keineswegs auswich.¹⁶ Sie ging nämlich davon aus, dass die tschechoslowakischen Reparations- und sonstigen Forderungen die Vermögensverluste der ausgesiedelten Sudetendeutschen erheblich, wenn nicht sogar um ein Vielfaches überwogen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob sie mit solchen Verhandlungen wirklich gerechnet hat. Das von Václav Klaus geführte Finanzministerium hat das nach dem Beschluss Nr. 51/90 erforderliche Material jedenfalls nie zusammengestellt. Die Regierung orientierte sich eher auf Konsultationen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, um sicherzustellen, dass alle für die ČSFR relevanten Nachkriegsakte in die Verträge zur deutschen Einheit aufgenommen würden.¹⁷

Im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Haltung zur Vereinigung Deutschlands ist die Frage einer möglichen Beteiligung an den Zwei-plus-

14 OZP KPR Außenpolitische Abteilung der Kanzlei des Präsidenten der Republik], Order, Smlouva ČSFR-SRN 1990–1992“ [Vertrag zwischen der ČSFR und der BRD 1990–1992]. Für die freundliche Vermittlung dieser Akten bedanke ich mich bei dem früheren Leiter der Kanzlei des Präsidenten der Republik, Herrn Ivan Medek.

15 Eine sorgfältige Analyse der völligen Unbeweglichkeit der offiziellen sudetendeutschen Politik und des kämpfthafter Bestehens auf den „unzweifelhaften und gerechten Forderungen der Sudetendeutschen“ im Umbruchjahr 1990 bietet RICHTEKOVÁ, Pavlana: *Česko-německé vztahy v třídenní sudetendětské Zetímng (od pádu Berlína k zdi do konce roku 1990)* [Die deutsch-tschechischen Beziehungen in der Sudetendeutschen Zeitung (vom Fall der Berliner Mauer bis zum Ende des Jahres 1990)]. Abschlussarbeit am Institut für internationale Studien der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Karlsuniversität in Prag, Praha 1999.

16 Den Vorschlag für die Aufnahme von Sondierungsgesprächen zu Vermögensfragen übermittelte das tschechoslowakische Außenministerium dem Auswärtigen Amt mit der Note Nr. 102.341/90-2. — Dazu rückblickend auch KIKI, Richard: Bonn postupje vidi ČR tak, jak má Praha dovoľ [Bonn geht gegen die ČR so vor, wie ihm das Prag erlaubt]. In: *Radió pravo* v. 28.10.1993. — Kral, ein bekannter tschechischer Experte für internationales Recht, hatte im selben Blatt die tschechoslowakische Nichtteilnahme an den Gesprächen zur Vorbereitung der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen kritisiert. Vgl. *Radió pravo* v. 10.11.1990.

17 Korrespondenz des Autors mit Jiří Dienstbier v. 23.6.2003 und nachfolgendes Interview am 26.6.2003.

11 BRACH, Radko: Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung“. Baden-Baden 1992, S. 57 f. — Vgl. auch die ausführliche, stellenweise auch sehr kritische Rezension zu Brachs in jedem Falle aber einzigartige Arbeit: SEIFER, Pavel: *Zahraniční politika jako sen a skutečnost: Die Außenpolitik als Traum und die Wirklichkeit*. In: *Měsíčník vztahy* 1 (1992), Heft 4, S. 80–84.

12 Československá zahraniční politika. Dokumenty 1 (1990), S. 13. Jiří Dienstbier im Gespräch mit der Tageszeitung *Le Monde* v. 27.12.1989.

13 Aus polnischer und tschechoslowakischer Sicht ging es vor allem um die nebulöse Formulierung im 5. Punkt von Kohls Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit, vorgelesen am 28.11.1989 im Bundestag: „Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.“ Umbuch in Europa. Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989. Eine Dokumentation. Hg. v. Auswärtigen Amt. Bonn 1990, S. 119. — Noch in der Entscheidung des Bundestages zum Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation vom 8.11.1989 heißt es im Zusammenhang mit der deutschen Ostgrenze: „Dazu gehört, daß wir noch keinen Friedensvertrag haben.“ Ebenda, S. 75.

Vier-Gesprächen – natürlich ebenso wie im Falle Polens nur bei einzelnen Aspekten – besonders intensiv diskutiert worden. Bekanntlich hat die CSFR an den Verhandlungen nicht teilgenommen. Die allgemeinen bekannten Argumente für die Nichtteilnahme lieferten Radko Biřach, Jaroslav Šedivý, Jiří Dienstbier und enge weitere Autoren. Nach Biřach – Šedivý und Dienstbier äußerten sich ähnlich – wollte die tschechoslowakische Außenpolitik Verhandlungen von einer solchen Wichtigkeit nicht mit der Verfolgung von „Interessen einer anderen Ordnung“ (nämlich spezifisch tschechoslowakischen Interessen) belassen. Außerdem habe sie die offenen Fragen als vollberechtigtes, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs von niemandem mehr bevorzuges selbstbewusstes Subjekt klären wollen. Jaroslav Šedivý, damals enger Mitarbeiter Dienstbiers im Außenministerium, stelle die tschechoslowakische Haltung zudem in einen zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang mit den Versuchen Moskaus (sowie auch einiger westlicher Staaten), den Warschauer Vertrag zu erneuern oder zu „reformieren“. Für Prag waren diese Versuche damals – anders als für Warschau, das noch zögerte – bereits völlig unannehmbar. Prag verfolgte in der Adrenszeit 1989 aufmerksam die Gespräche zwischen Moskau und Ostberlin, die auf einen sehr langsamen Vereinigungsprozess und auf eine für Moskau sicher sehr wünschenswerte Neutralität des vereinigten Deutschland abzielten.

Aus dieser Perspektive beurteilte Jiří Dienstbier auch das zweifelhafte Angebot Eduard Ševardnadzes, der gegenüber dem tschechoslowakischen Botschafter in Moskau, Rudolf Slánský, am 23. Februar 1990 erklärte, dass er „nach einer Möglichkeit sucht, Polen und die Tschechoslowakei in die direkten Verhandlungen einzubeziehen und sicherzustellen, dass sie ihre Interessen zur Geltung bringen“. Die Annahme dieses Angebots und die Nutzung sowjetischer Vermittlung wäre sicher nicht umsonst zu haben gewesen und hätte auch in offenkundigem Widerspruch zur neu formulierten Konzeption der tschechoslowakischen Außenpolitik gestanden, die einen schnellstmöglichen Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei anstrebte und das System der europäischen Sicherheit auf eine neue, die bisherige bipolare Ordnung überwindende Grundlage stellen wollte. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur das Projekt einer europäischen Sicherheitskommission und einer schrittweisen Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand gerät zudem das damals allgegenwärtige Gefühl einer Bedrohung der Perestrojka Gorbáčevs im Zusammenhang mit den immer deutlicher zu Tage tretenden Krisenphänomenen im innenpolitischen und wirtschaftlichen Gefüge der Sowjetunion in Vergessenheit, ein Gefühl, das Polen zwar auch teilte, aber

aus guten Gründen nicht so offen zeigte wie die ČSFR, die zudem immer noch vom sogenannten August-Syndrom gezeichnet war – und das in fast panischer, aus heutiger Sicht vielleicht irrationaler Weise. Der Putschversuch in Moskau bestätigte im August 1991 jedoch noch einmal eindrücklich, dass die tschechoslowakischen Behürchungen nicht völlig aus der Luft gegriffen waren. Zwei Monate zuvor hatten die letzten sowjetischen Soldaten die CSFR verlassen.¹⁹

Gegenüber Polen machte die Moskauer Regierung mehrfach deutlich, dass der Aufenthalt sowjetischer Truppen in der DDR und Polen auf einem anderen Rechtsstatus beruhe als in der Tschechoslowakei. Er sei Folge der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges. Der Osten des Deutschen Reiches war im Krieg besetzt und nicht wieder geräumt worden.²⁰ Die polnische Regierung war sich natürlich auch der engen Verbindung zwischen dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und der sowjetischen Militärpräsenz in Polen (mindestens auf logistischer Ebene) bewusst. Für eine engere Abstimmung mit der UdSSR gab es auch mit Blick auf die Oder-Neiße-Grenze gute Gründe. In diesem Punkt hätten sich damals wohl die Interessen jeder denkbaren polnischen und sowjetischen Regierung getroffen. Und so begriff auch die Regierung Mazowiecki die sowjetische Militärpräsenz in Polen als Teil einer besonderen internationalen Konfiguration, die nur im Ganzen verändert werden konnte.²¹ Jaroslav Šedivý sah für eine mögliche Teilnahme der CSFR an den Zweipolus-Vier-Gesprächen nur zwei denkbare Gründe, nämlich die Bestätigung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an sowie die erneute Bestätigung des Bevölkerungstransfers nach 1945. Etwas verkürzt legt er dar, warum die Westmächte, vor allem Großbritannien, es sicher nicht zugelassen hätten, diese Themen zu verhandeln.²² Nochmals über die Aussiedlung der Deutschen zu diskutieren hätte bedeutet, die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens anzuzweifeln. Für Šedivý und indirekt auch für Dienstbier stelle sich die Frage: Springt für uns mehr dabei heraus, wenn wir uns bei äußerst geringen Erfolgs-

19 Zu den tschechoslowakisch-sowjetischen Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen s. die ausführliche Dokumentation *Odsun sovětských vojsk z Československa 1989–1991. Dokumenty* [Der Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei 1989–1991. Dokumenten], Hg. v. Jindřich Prcká, Praha 1996.

20 LUDWIG: Polen und die deutsche Frage, S. 114f.

21 BONICKA, Ewa: *Polacy – Niemcy: bez niedomówień. Konferencja prasowa premiera Mazowieckiego* [Polen – Deutsche: ohne Hehnlichkeiten. Pressekonferenz von Premier Mazowiecki]. In: *Zwrot Warszawy* v. 22.2.1990. — LUDWIG: Polen und die deutsche Frage, S. 118f.

22 Was die hypothetische britische Haltung zum Münchner Abkommen betrifft, so übergeht Šedivý freilich die „Einschuldigung für München“ in der Rede Margaret Thatchers vor der Föderativen Versammlung der CSFR im September 1990. Kontinuitätlich. In den ersten Monaten des Jahres 1990 war eine schwächere Distanzierung Londons vom Münchner Abkommen aber noch nicht völlig ausgeschlossen. Vgl. ŠEDIVÝ: *Cerninský pálek*, S. 79f.

18 BĀKČI: Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 57–71. — ŠEDIVÝ, Jaroslav: *Cerninský pálek v roce aula (ze zákulisí polistopadové zahraníční politiky)* [Das Czernin-Palais im Jahre null. Hinter den Kulissen der Außenpolitik nach der Samanien Revolution]. Praha 1997, S. 73–82. — DIESSELHOFER, Jiří: *Od snění k realitě. Vzpomínky z let 1989–1999* [Vom Träumen zur Realität. Erinnerungen aus den Jahren 1989–1999]. Praha 1999, S. 56–60, 120–134, 282–300.

aussichten in die letzten Gespräche der Sieger mit den Besiegten hindrängen, oder sollten wir nicht eher signalisieren, dass ein möglichst bald vereinigte, demokratisches, in die internationalen Strukturen eingependeltes Deutschland für uns die bevorzugte Lösung ist und wir die dann noch bestehenden Probleme in bilateralen Gesprächen lösen wollen?²³

An anderer Stelle erinnerte Jiří Dienstbier daran, dass die vier Großmächte übereingekommen waren, bei der Vereinigung Deutschlands ebenso wie unmittelbar nach dem Krieg im Namen der gesamten ehemaligen Antihitlerkoalition zu handeln und keine weiteren Verhandlungspartner zuzulassen. Das war schon aus praktischen Gründen sinnvoll, denn die hohe Zahl der alliierten Mächte war durch den Zerfall des britischen und des französischen Kolonialreiches seit dem Ende des Krieges noch erheblich gestiegen. Lediglich die deutsche Ostgrenze sollen die Großmächte als „die einzige noch nicht entschiedene Frage“ angesehen haben. Dennoch wurde Polen nicht direkt in die Verhandlungen einbezogen.

„Aber: Teilnehmer waren in Wirklichkeit alle, die sich für die konkreten Beschlüsse bei der Wiedervereinigung Deutschlands interessierten. Auch wir waren in Kontakt mit den vier Mächten, um darauf zu achten, dass keine Entscheidung der Nachkriegszeit vergessen wird, die unsere Interessen berührt. Darüber hinaus haben wir bei Polen, Dänen, Belgiern und anderen eruiert, ob auch deren Interessen vollständig gesichert sind. [...] Die Forderung nach direkter Teilnahme hätte eine diplomatische Niederlage bedeutet, weil wir als die einzigen Querulanten zurückgewiesen worden wären. Wichtiger ist jedoch, dass wir damit selbst in paranoider Weise Entscheidungen der Nachkriegszeit für unsicher gehalten hätten, die die Siegermächte nicht nur nicht in Zweifel zogen, sondern auch nicht die Absicht hatten zu diskutieren – weder mit Deutschland noch mit irgendwem sonst.“²⁴

Die Diskussion über die tschechoslowakische Nichtteilnahme an den Zweiphus-Vier-Gesprächen tauchte seitdem wie ein Lewathan immer dann wieder auf, wenn die tschechisch-deutschen Beziehungen in einer Krise steckten. Leider war sie fast immer von durchsichtigen politischen Erwägungen bestimmt. Das galt nicht nur für die publizistischen Äußerungen von Experten und ehemaligen Diplomaten wie Richard Král und Otto Klíčka, sondern vor allem auch für die ‚patriotischen‘ Reden kommunistischer Politiker: Ihren Höhepunkt erreichte die Debatte in der Zeit vor der Ratifizierung des Nachbarschaftsvertrages vom 27. Februar 1992 sowie in der Phase der Verhandlungen über die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997. Dienstbier beklagt in seinen Erinnerungen: „Die Argumentation hat sich im Laufe der Jahre auch in vielen gescheiterten Köpfen eingesenkt, die sie bis heute in abstrakter Weise wiederholen, ohne die Umstände, Haltungen und Prioritäten jener Zeit zu berücksichtigen.“²⁵

²³ Ebenda, S. 82. — DIENSTBIER: *Od snění k realitě*, S. 128 f.

²⁴ Korrespondenz des Autors mit Jiří Dienstbier v. 23.6.2003.

²⁵ DIENSTBIER: *Od snění k realitě*, S. 122. — Der Autor dieses Beitrags führte in den Jahren 1993 bis 2003 unter anderem auch zu dieser Materie eine Reihe von Gesprächen mit damals beteiligten Diplomaten sowie engen Mitarbeitern und Freunden Jiří

Der Historiker Pavel Seifert hat jedoch bereits 1993 in einem Aufsatz – und zwar ganz sicher nicht aus kurzfristigem politischem Kalkül – die Verteidigung des Nichtengagements der ČSFR im deutschen Vereinigungsprozess durch Bráň und später auch Dienstbier und Šedivý kritisiert. Voraussetzung für diese Haltung sei ein elementares Vertrauen in die andere Seite gewesen. Dienstbier habe diese Position auch niemals verlassen. Die Deutschen wählen jedoch einen anderen Weg.

„Das verabschlusste Prinzip verkehrte sich in sein Gegenteil. Das Prinzip einer europäischen Lösung der deutschen Frage wurde von uns gerade bei diesen praktischen Schritten verlassen. Wir haben die Voräusschau akzeptiert, dass es nicht um die Beendigung des Zweiten Weltkrieges und um einen Friedensvertrag gehe [...] Das Ergebnis hat sich dann aber mehrfach wiederholt: Insbesondere die Aushandlung des Vertrages wurde so sehr bilateral, verkleinert, dass wir selbst auf die Koordination mit Polen verzichteten und das studentendeutsche Teilproblem uns über den Kopf zu wachsen drohte.“²⁶

Bei aller Verbitterung betont Seifert aber auch, dass es für eine abschließende Bewertung noch zu früh sei, da den Historikern gerade für die Zweiphus-Vier-Verhandlungen noch die Quellen fehlen. Die relevanten Archivbestände der Außenministerien der Tschechischen Republik (*Česka republika*, ČR) und der BRD sowie der weiteren beteiligten Staaten werden noch für längere Zeit gesperrt sein. Die Zunahme publizierter Erinnerungen der damals Beteiligten kann da nur zum Teil Abhilfe schaffen.

Zu den internen Kritikern des damaligen tschechoslowakischen Vorgehens gehörte auch der stellvertretende Außenminister und spätere Verteidigungsminister Luboš Dobrovský. Wie es scheint, war er der einzige hochrangige Akteur der damaligen Außenpolitik, der im Rahmen des Ministeriums sowie bei Konsultationen mit Präsident Václav Havel eine tschechoslowakische Beteiligung an den Verhandlungen forderte. Er vertrat die Ansicht, dass die ČSFR durch eine auch noch so begrenzte Teilnahme ebenso wie Polen ihre Zugehörigkeit zur Gruppe der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges deutlich machen würde.

„Meinen Widerstand hat dann Skalibzewska gebrochen, der gewissermaßen mein erster Lehrer in Diplomatie war. Ich habe ihm voll vertraut. Auch er war der Ansicht, dass wir unsere Staatsgrenzen selbst in Zweifel ziehen würden, und versicherte mir, dass Polen eine Schwächung unserer Interessen durch unsere Abwesenheit nicht zulassen werde.“²⁷

Dobrovský meint jedoch, dass sich die Nichtteilnahme an den Verhandlungen später bei der Aushandlung des Nachbarschaftsvertrages mit Deutschland (1991/92) gerächt habe, bei der die ČSFR nicht als gleichwertiger Partner und Siegermacht des Zweiten Weltkrieges wahrgenommen worden sei. Er beruft

Dienstbiers. Viele von ihnen hielten rückblickend die Nichtteilnahme der ČSFR für

²⁶ einen großen Fehler. Sie beklagten vor allem den Verzicht auf eine enge Abstimmung mit Polen, obwohl ein solcher von polnischer Seite wiederholt angeboten worden sei.

²⁷ SEIFERT: *Zahraniční politika jako sen a skutečnost*, S. 82. Korrespondenz mit Luboš Dobrovský, 13.6.2003.

sich auf die damaligen erregten Diskussionen in der föderalen Regierung. Als die Vertragsverhandlungen in die Krise gerieten, forderte er übrigens auch die Abberufung des faktischen Leiters der tschechoslowakischen Verhandlungsteams, des Juristen Bedřich Kopecký.²⁸

Auch Jiří Gruša, der von 1990 bis 1997 tschechoslowakischer beziehungsweise tschechischer Botschafter in Deutschland war, vertritt die Ansicht, es habe für die ČSFR durchaus die Möglichkeit zu einer gewissen Partizipation an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen gegeben, doch habe sich die tschechoslowakische Botschaft in Bonn quergestellt. Botschafter war damals noch der Kommunist Milan Kadnar. Je deutlicher sich abzeichnete, dass er nicht mehr lange im diplomatischen Dienst verbleiben würde, desto intensiver wurden seine Kontakte zu Funktionären der Vertriebenenverbände, während er in den für die Tschechoslowakei lebenswichtigen Sachfragen untätig blieb.²⁹

Der Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 12. September 1990 in Moskau (sowie der anschließenden, aus tschechoslowakischer Sicht sehr wichtigen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten vom 27./28. September 1990 über die Fortgeltung bestimmter Vorschriften des Überleitungsvertrages)³⁰ schuf die Voraussetzungen für die Aushandlung neuer „Ostverträge“, die die Zielsetzung „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ im Titel führten. Die definitive Regelung der deutsch-polnischen Grenze wurde auf Drängen Polens aus den Verhandlungen über einen Nachbarschaftsvertrag herausgenommen und zum Gegenstand eines eigenen Vertrages gemacht, der auch Voraussetzung für das Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages war. Das Tempo bei der Verhandlung dieser Verträge wie auch die Reihenfolge des Abschlusses der Verhandlungen mit den einzelnen Partnerländern erinnern an die siebziger Jahre. „Blitzschnell“ wurde der Vertrag mit der UdSSR unterzeichnet, nämlich schon am 9. November 1990. Nur fünf Tage später folgte der deutsch-polnische Grenzvertrag.

Die Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag zwischen der BRD und Polen zogen sich dann schon erheblich in die Länge, vor allem wegen Fragen der Entschädigung der NS-Opfer und der Stellung der deutschen Minderheit in Polen. Die Probleme waren weitgehend die gleichen wie bei den parallel stattfindenden Vertragsverhandlungen zwischen der BRD und der ČSFR. Das

28 Ebenda.

29 Interview des Autors mit Jiří Gruša, Wien, 2.7.2003.

30 BGBl. (Bundesgesetzblatt) 1990 II, S. 1386–1389. Zur Bedeutung dieser Vereinbarung (in tschechischen Fachkreisen auch gelegentlich nicht ganz korrekt „3+1 Vertrag“ genannt) in Bezug auf die Rechtsansprüche der vertriebenen Sudetendeutschen vgl. z. B. TOMOŠČAČ, Christian: Zur Frage des Bestehens von Rechtsansprüchen der vertriebenen Sudetendeutschen gegen die Tschechische Republik, gegen Einzelpersonen in der Tschechischen Republik und gegen die Bundesrepublik Deutschland. Ein Rechtsgutachten. Berlin 1995 (Manuskript ausgearbeitet für die Fraktion von Bündnis 90/Grüne im Deutschen Bundestag), S. 66–73. Der Verfasser bedankt sich bei der o. g. Fraktion für die freundliche Übermittlung dieses Rechtsgutachtens.

politische Interesse, die Beziehungen zu einem großen und bedeutenden Nachbarn – als solcher wurde auch Polen von Deutschland angesehen – nicht den Partikularinteressen einiger traditioneller Lobbygruppen zu opfern und die Verhandlungen dementsprechend nicht endlos in die Länge zu ziehen, war auf beiden Seiten vorhanden. Die Vertriebenenverbände aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten waren vom schnellen Fortgang der Ereignisse im Jahre 1990, die zur endgültigen Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze geführt hatten, regelrecht überrumpelt worden und psychologisch und politisch vorübergehend fast außer Betrieb. Deshalb hielten viele Beobachter, vor allem auf der polnischen Seite, das Datum der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages zwischen Polen und Deutschland (17. Juni 1991) für extrem spät.

Der Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit wurde hingegen erst am 27. Februar 1992 unterzeichnet. Schon dieser späte Termin am Vorabend der tschechoslowakischen Parlamentswahlen und kurz vor der sich bereits abzeichnenden Auflösung der Tschechoslowakei (oder zumindest einer grundlegenden Neudefinition der Föderation) war bezeichnend. Die Chronologie der Ereignisse dokumentiert, gestützt auf Archivmaterial und Aufzeichnungen aus allen entscheidenden Gesprächen, der damalige Außenminister der ČSFR, Jiří Dienstbier, in seinen Erinnerungen. Der Autor dieses Beitrags, der bislang nur einen Teil der Materialien einsehen konnte, kann hier nur konstatieren, dass Dienstbiers Angaben recht genau und zuverlässig sind.³¹

Dienstbier befasst sich jedoch nicht mit einigen interessanten Alternativen, die sich offenkundig im Laufe der Verhandlungen anboten. Bereits aus dem Vergleich der beiden ersten Vertragsentwürfe, des deutschen vom 28. März 1991 und des tschechoslowakischen vom 30. März 1991, kann man leicht den Eindruck gewinnen, dass zwischen März und Mai 1991 die Chance bestand, den Vertrag sehr schnell abzuschließen – und zwar als ein Dokument, das ausschließlich auf die Zukunft ausgerichtet gewesen und darin mehr oder weniger dem polnischen Beispiel gefolgt wäre, bei dem Fragen der Entschädigung der NS-Opfer und vermögensrechtliche Fragen in einen Briefwechsel der Außenminister beziehungsweise in getrennte Verhandlungen, die durch einen eigenen Vertrag abgeschlossen werden sollten, ausgelagert worden sind. Die tschechoslowakische Diplomatie wählte jedoch einen anderen Weg und wollte alle in der Vergangenheit aufgelaufenen Probleme im Verhältnis zum großen Nachbarn zur Sprache bringen. Das musste die Verhandlungen zwangsläufig verzögern,

31 Die folgenden Ausführungen stützen sich außerdem auf Materialien aus dem Außenministerium, die in der Zeit der Vertragsverhandlungen dem Leiter der Kanzlei des Präsidenten der ČSFR, Karel Schwarzenberg, zur Verfügung standen und später in der Registratur der Kanzlei des Präsidenten der Republik (KPR/TO) abgelegt wurden. — Vgl. auch DIENSTBIER: *Od snění k realitě*, S. 282–300.

und zwar umso mehr, je schwächer die tschechoslowakische Verhandlungsposition wurde und je deutlicher die ČSFR ins Irudeln geriet.

Neben den beiden Verhandlungsdelegationen, die von Zdeněk Marejka und Wilhelm Höynck geleitet wurden, bildete sich eine parallele Verhandlungsplattform Jiří Grunš/Dieter Kasstrup heraus, auf der die besonders umstrittenen und sensiblen Punkte besprochen wurden, namentlich eine „Geste“ an die Sudetendeutschen, die von deutscher Seite bereits am 2. November 1990 in einem Gespräch zwischen Kohl und Havel gewünscht worden war. Die tschechoslowakische Seite reagierte darauf am 8. Mai 1991 mit einem Vorschlag anlässlich eines Besuches von Präsident Havel in Bonn. Den Sudetendeutschen wurden die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und die Möglichkeit einer begrenzten Partizipation am tschechoslowakischen Privatisierungsprozess angeboten. Hinter diesem Angebot stand vor allem die „Tugend des Schenkens“ (Jiří Grunš) der maßgeblichen Akteure der damaligen tschechoslowakischen Außenpolitik. Es war also kein Zeichen der Schwäche, sondern des guten Willens.³²

In diesem Weiterahmen waren die Bonner Realpolitiker jedoch niemals zu Hause. Bundeskanzler Kohl reagierte auf dieses Angebot daher zunächst gar nicht. Später wurde es mit der Begründung zurückgewiesen, die Bundesregierung wolle keinen Präzedenzfall für eine doppelte Staatsangehörigkeit schaffen, ein Argument, das auf dem Höhepunkt der deutschen Asyldebatte durchaus einen Sinn ergab. Die Gespräche auf der parallelen Plattform sollten nicht ausschließlich den Vertragstext betreffen, sondern insbesondere auch einige flankierende Maßnahmen. Offensichtlich war dieses inoffizielle Forum politisch sehr bedeutsam und dem sich steigenden deutschen Druck gegenüber eher offener eingestellt. Nach Auskunft von Jiří Dienstbier wurde die endgültige Textfassung des Vertrages erst am 1. September 1991 bei einem informellen Treffen Dienstbiers mit Genscher auf dem Schloss der Familie Schwarzenberg im bayerischen Scheinfeld (also unter Umgehung der offiziellen Verhandlungsdelegationen) festgelegt. Dort wurde auch die bayerische Staatsregierung in Person des damaligen Leiters der Staatskanzlei (und späteren Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft) Johann Böhm in die Gespräche mit einbezogen.³³

32 Interview des Autors mit Jiří Grunš, Wien, 2.7.2003.

33 Erst bei dieser Begegnung wurde der sehr wichtige Satz von der ununterbrochenen Kontinuität des tschechoslowakischen Staates seit 1918 – „in Anerkennung der Tatsache, daß der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat“ – in die Präambel eingefügt, der später für gewisse Vestimmungen unter den Slowaken sorgte, ferner der Satz, der den Prager Vertrag von 1973 „auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938“ bestätigte, sowie die viel diskutierte Formulierung: „eingedenk der zahlreichen Opfer, die Gewalt Herrschaft, Krieg und Vertreibung gefordert haben, und des schweren Leids, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde“. In Scheinfeld wurde auch entschieden, die Formulierung, dass sich der Vertrag nicht mit Vermögensfragen befasse, in den beglei-

Doch zurück zum Beginn der Verhandlungen. Das Streben der tschechoslowakischen Seite, sämtliche offenen oder noch nicht ganz geklärten Fragen der Vergangenheit unter das Dach eines einzigen Vertrages zu bringen, hatte schon von weitem beselen etwas Tiramisches. Bei näherem Blick hätte klar sein müssen, dass es nicht gelingen konnte. Mit ihrem Wunsch nach einem „Schlussstrich“ geriet die tschechoslowakische Seite unversehens in semantische Untiefen, die auf deutscher Seite bereits durch länger währende Geschichtsdebatten ausgelotet waren. Schon das Wort „Schlussstrich“ war im Kontext deutscher Vergangenheitsbewältigung distanzierter. Dass es wohl auch anders hätte gehen können, hat indirekt selbst Jiří Dienstbier eingestanden:

„Selbst wenn wir zu Beginn die strittigen Punkte ganz außen vor gelassen hätten, hätten wir eine sehr gute Zusammenarbeit in allen Bereichen unserer Beziehungen gehabt, einschließlich der deutschen Zusage, unsere Eingliederung in die europäischen Strukturen zu unterstützen.“³⁴

Die ersten beiden Runden der Vertragsverhandlungen deuten darauf hin, dass bei dem damaligen Stand der Positionen beider Seiten eine sehr einfache Lösung möglich gewesen wäre. Man hätte in der Präambel des Vertragstextes die Vergangenheit mit dem Satz:

„in dem festen Willen, ein für allemal der Anwendung von Gewalt, dem Unrecht und der Vergeltung von Unrecht mit neuer Ungerechtigkeit ein Ende zu machen und durch gemeinsame Bemühungen die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte in diesem Jahrhundert zu bewältigen“,

sowie mit einem Verweis auf den Prager Vertrag von 1973 ‚abhaken‘ und sich dann der Zukunft zuwenden können. Zwar wünschte die deutsche Seite eine Bezugnahme auf den Vertrag von 1973 zunächst ausdrücklich nicht, seine fort-dauernde Geltung stellte aber auch sie nicht in Frage. Das wäre nach der Wiener Konvention über das völkerrechtliche Vertragsrecht von 1969 auch nicht möglich gewesen. In diesem Punkt hätte sich die tschechoslowakische Seite also leicht durchsetzen können.

Darauf, den gesamten umfangreichen Katalog ihrer ‚historischen‘ Forderungen durchzusetzen, durfte sie jedoch nicht hoffen. Dienstbiers Äußerung:

„Wir wollten jedoch die Probleme ansprechen, die fast ein halbes Jahrhundert lang unter den Tisch gekehrt und tabuisiert worden waren, um einen mühsamen und leidvollen Prozess des gegenseitigen Verstehens und der Annäherung in Gang zu bringen“,

hatte sicher ihre Berechtigung. Sie war gut gemeint, einen gangbaren Lösungsweg zeigte sie jedoch nicht auf. Über den Vertrag von 1992 und auch über der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 hängen nämlich immer noch

tenden Briefwechsel aufzunehmen. Korrespondenz des Autors mit Jiří Dienstbier v. 23.6.2003.

34 DIENSTBIER: Od snění k realitě, S. 283 f.

viele Fragezeichen, die nur bestätigen, dass die Politik in einer Demokratie den gesamtgesellschaftlichen Geschichtsdiskurs nur bedingt vorantreiben und nicht dort ein versöhnliches Geschichtsbild festlegen kann, wo der Dissens der Erinnerungen und kollektiven Geschichtsbilder noch so lebendig und schmerzhaft ist.³⁵

Nachdem die Emotionen abgeflaut sind, die damals Aushandlung, Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages begleiteten, können nun einige Desiderata definiert werden, die die Historiker allerdings erst dann vollständig bearbeiten können, wenn alle relevanten Archive geöffnet sind:

- 1) Die sogenannten neuen Ostverträge des vereinigten Deutschland müssen als Komplex gesehen und miteinander verglichen werden. Das gilt auch für den Verhandlungsprozess, der zu den Verträgen führte. Besondere Beachtung verdient dabei der Austausch von Informationen und Meinungen, eventuell sogar die Abstimmung mit Drittstaaten, im tschechoslowakischen Falle vor allem mit Polen.
 - 2) Sinnvoll wird es auch sein, die Instrumentalisierung der Verträge in der Innenpolitik und die Auswirkungen dieser Instrumentalisierung auf den Verhandlungsprozess zu untersuchen. Die Wechselwirkungen mit der Innenpolitik spielen eine große Rolle im Falle Polens, der CSFR und der BRD, eine sehr geringe dagegen in Ungarn und der UdSSR.³⁶
 - 3) Die Experten für internationale Beziehungen müssten zudem die Bedeutung der Verträge für eine Bilanz des ersten Jahrzehnts der Außenpolitik des wieder vereinigten Deutschland ermitteln, und das auch aus der Perspektive der einzelnen osteuropäischen Staaten, gegebenenfalls ihrer Nachbarn, sowie unter Berücksichtigung der Haupttendenzen der europäischen Integrationspolitik in der Phase vor der Osterweiterung der EU, also vor dem 1. Mai 2004.
 - 4) Zu klären sind außerdem noch einige Details im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Nachbarschaftsvertrages beziehungsweise dem Austausch der Ratifikationsurkunden am Vorabend der Auflösung der CSFR. Hier sind besonders die Aktivitäten einiger Politiker der bayerischen CSU und der Bewegung für eine demokratische Slowakei (*Hnutí za demokratické Slovensko*, HZDS) zu beachten, die offenbar darauf abzielten, ein Inkrafttreten des Vertrages zu verhindern und dem, Untergang³⁷ der CSFR eine „jugoslawische Note“ zu geben.³⁷
- 35 Ebenda, S. 284.
- 36 Der Deutsch-sowjetische Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit wurde bereits am 9. November 1990 unterschrieben, der Deutsch-ungarische Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa jedoch erst am 6. Februar 1992. Der größere Zeitabstand ist im ungarischen Fall eher als Frage der politischen Priorität zu interpretieren.
- 37 Nach Auskunft von Botschafter Jiří Grunš, gab es Bestrebungen einiger Beamter des kurz vor der Auflösung stehenden föderalen Außenministeriums, offenbar auch des letzten

Eine wenig bekannte, wirtschaftlich für die CSFR negative Folge des sehr schnell ablaufenden Wiedervereinigungsprozesses war die Entstehung eines sehr hohen passiven Saldos im Außenhandel mit der DDR. Infolge des unerwartet schnellen Fortgangs der Ereignisse hielten die Betriebe der DDR 1990 ihre Verpflichtungen nicht mehr ein und nahmen der CSFR Waren und Dienstleistungen im Wert von 365 Millionen Transferrubel (XTR) nicht ab. Im Bereich des Tourismus konnte die vereinbarte Abnahme tschechoslowakischer Währung in Höhe von 232 Millionen XTR nicht eingehalten werden. Insgesamt belief sich der Saldo auf 659.032.000 XTR. Nach dem 1. Juli 1990 wurde der Transferrubel im Verhältnis 1:2,34 in D-Mark umgerechnet, was zu einer unangemessenen Verteuerung der tschechoslowakischen Exporte in die DDR führte. Der eben genannte Saldo betrug zu diesem Kurs umgerechnet 1.542.135.000 DM.

Die mit der „Abwicklung“ ihres Staates beschäftigte letzte DDR-Regierung traf keine Vorkehrungen mehr, um die im Protokoll über den Waren- und Zahlungsverkehr für das Jahr 1990 eingegangenen Verpflichtungen auch nur ansatzweise zu erfüllen. Auch der praktisch unkontrollierte Zusammenbruch der Lehnges- und Unternehmensstrukturen des Außenhandels der DDR sowie der Industrieproduktion trug seinen Teil zu der negativen Bilanz bei. Die tschechoslowakische Seite bemühte sich ebenso wie Polen und anfänglich auch Ungarn zunächst um die Abschreibung aller bis zum 31. Dezember 1990 entstandenen Passiva. Das wurde jedoch vom bundesdeutschen Wirtschaftsministerium bereits im September 1990, also noch vor der Wiedervereinigung, abgelehnt. Später versuchte die Tschechoslowakei wenigstens jene Passiva abzuschreiben, die nachweislich durch Verschulden der DDR-Partner entstanden waren (Stornierung von Lieferungen, Nichtabnahme tschechoslowakischer Währung für den Tourismus, insgesamt 659 Millionen XTR).³⁸ Die zunächst einheitliche Position der Länder der Visegrad-Gruppe in dieser Frage wurde später aufgeweicht. Die ersten Zugeständnisse in Richtung einer Anerkennung seines Passivsaldo machte Ungarn, das aber auch weiterhin den Umrechnungskurs 1 XTR = 2,34 DM ablehnte.

Außenministers Jozef Moravčík von der HZDS, den Austausch der Ratifikationsurkunden zu verhindern. Zu diesem Zweck sollte Moravčík auch nach Wien suchen, um Grunš aus Bonn abzuberaufen. Interview des Autors mit Jiří Grunš, Wien, 2.7.2003.

38 Informační materiál pro návštěvu ministra zahraničních věcí SRN Hansa-Dietricha Genschera v Praze dne 2. listopadu 1990 [Informationsmaterial zum Besuch des Außenministers der BRD, Hans-Dietrich Genscher, am 2. November 1990 in Prag], darin die detaillierte Beilage zur „Entwicklung der tschechoslowakischen Zahlungsposition in Transferrubel gegenüber der DDR bei der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, ausgearbeitet am 15.10.1990 von der Auslandsabteilung der Tschechoslowakischen Staatsbank“ (Vývoj š. platební pozice v př. Rb vůči NDR u MBHS vypracovaný 15.10.1990 zahraněním oborem SBČS), TO KPR/FMZV CSFR (Presseabteilung der Kanzlei des Präsidenten der Republik/des Föderalen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der CSFR).

Es gelang nicht mehr, den passiven Saldo mit der DDR vor der Teilung der ČSFR zu liquidieren. Deshalb forderte die deutsche Regierung bereits im Februar 1993 die Aufnahme neuer Verhandlungen in dieser Frage. Es war übrigens das erste Wirtschaftsthema, das die BRD mit den Nachfolgestaaten der ČSFR vorrangig zu besprechen wünschte.³⁹ Es gelang jedoch erst im Januar 2000, das Problem mit einem Kompromiss zu lösen. Die Bundesrepublik stimmte zu, dass die Tschechische und die Slowakische Republik ihre Passiva von 659 Millionen XTR durch Zahlung von 390 Millionen DM im Jahre 2001 ausgleichen, aufgeteilt auf die beiden Nachfolgestaaten im Verhältnis 2:1, das bei der Teilung der ČSFR auch für andere Lasten und Forderungen gewählt worden war. Nach Quellen aus dem tschechischen Außenministerium wurde es im Rahmen der Abschlussphase der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union in Brüssel als „wichtiges positives Signal“ gewertet, dass in dieser komplizierten trilateralen Frage eine Kompromisslösung gefunden wurde.⁴⁰

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Einstellung der tschechoslowakischen Öffentlichkeit zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die Umfragen der Meinungsforscher, die im Jahre 1990 durchgeführt wurden, erlauben es von ihrer Konzeption her jedoch nicht, genauere Bezüge zu politischen Vorgängen, wie den Äußerungen des Präsidenten Václav Havel zur sudetendeutschen Frage, herzustellen. Die Euphorie der ersten Monate nach der „Santenen Revolution“ von 1989 ließ dieses Thema den zuständigen, noch nicht an die neuen Verhältnisse adaptierten Meinungsforschungsinstituten (vor allem dem Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung [IVVM] beim Tschechoslowakischen Statistischen Amt [ČSSÚ], später auch der Agentur AISA) unerwünscht erscheinen. Nach dem Verständnis vieler Soziologen und Demoskopien wären entscheidende Fragestellungen „loyal“ gegenüber dem allgemein anerkannten und bewundernten neuen Staatsoberhaupt gewesen. Und so erfahren wir erst aus einer Umfrage des IVVM vom Juli 1990 (was bereits zu ahnen war), dass nur 40 Prozent der befragten Bürger der ČSFR glaubten, ein vereinigtes, demokratisches Deutschland stelle für die Souveränität der ČSFR keinerlei Gefahr dar. Das Gegenteil nahmen 45 Prozent an. Die restlichen 15 Prozent konnten oder wollten sich dazu nicht äußern.⁴¹

39 Informační materiál k návštěvě prezidenta ČR Václava Havla v SRN ve dnech 24.–26. dubna 1993 [Informationsmaterial zum Besuch des Präsidenten der ČR, Václav Havel, vom 24. bis zum 26. April 1993 in der BRD], S. 20. TO KPR/MZV ČR (Pressabteilung der Kanzlei des Präsidenten der Republik/des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der ČR, künftig TO KPR/MZV ČR).

40 Podkladový materiál k návštěvě prezidenta České republiky Václava Havla v SRN 9.–12.5.2000 [Unterlagen zum Besuch des Präsidenten der Tschechischen Republik, Václav Havel, vom 9.–12.5.2000 in der BRD], S. 40–41. TO KPR/MZV ČR.

41 Břach: Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 62. — Günstigere Zahlen ergab eine Studie, bei der nach dem Grad der „Furcht vor der deutschen Einheit“ gefragt wurde: HERZMANN, Jan: Československé veřejné mínění o otázkách souvisejících s regionální spoluprací přes hranice ČSFR [Die öffentliche Meinung in der Tschecho-

Die Fragen waren allerdings wenig differenziert, und die Ergebnisse dieser Studie lassen sich nur bedingt mit anderen parallelen Untersuchungen vergleichen. Den ersten Versuch einer systematischen und umfassenden Ermittlung der öffentlichen Meinung bildeten Feldstudien, die noch vor der Wiedervereinigung Deutschlands, in der ersten Junihälfte 1990, unter Leitung von František Zich vom Sozialökonomischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) in Ústí nad Labem (Aussig) in den 18 an die DDR, die BRD und Österreich grenzenden Kreisen durchgeführt wurden. Damals äußerte sich die Bevölkerung im Grenzland in ihrer Mehrheit nicht besorgt, dass von einem wiedervereinigten Deutschland eine Gefahr für ihre Sicherheit ausgehen könnte. Nur knapp 5 Prozent meinten, das wiedervereinigte Deutschland werde die Sicherheit der ČSFR „bestimmt“ bedrohen. Weitere 11 Prozent entschieden sich für „vermutlich nicht“, 58,3 Prozent für „sicherlich nicht“ und 19,3 Prozent für „bestimmt nicht“. Größere Befürchtungen hatten vor allem Personen im Rentenalter und die Bürger in den Kreisen, die an die DDR grenzten. Da gerade hier mehr alltägliche Begegnungen und persönliche Erfahrungen im Umgang mit den Nachbarn auf der anderen Seite der Grenze vorhanden waren, behält das Umfrageergebnis doch ein gewisses Warnsignal für die Zukunft.⁴²

Aus dem Tschechischen von Stephan Niedermeyer

slowakei zu Fragen, die mit der regionalen Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen der ČSFR hinweg zusammenhängen]. In: České pohraničí v procesu evropské integrace [Das tschechische Grenzland im europäischen Integrationsprozess]. Hg. v Václav Houszvíčka. Ústí nad Labem 1992, S. 31–39, hier S. 33 ff.

42 Zich, František: „Start do Evropy“. Poznanky empirické sociologické sondy o přípravě novosti obyvatel českého pohraničí k rozvoji nových susedských vzťahů s Nemei a Rakúšaný [„Start nach Europa“. Erkenntnisse der empirischen soziologischen Sonde über die Bereitschaft der Bevölkerung des tschechischen Grenzlandes zur Entwicklung neuer nachbarschaftlicher Beziehungen zu Deutschen und Österreichern]. In: České pohraničí 91 [Das tschechische Grenzland 91]. Hg. v Václav Houszvíčka. Trutnov 1991, S. 66–103, besonders S. 81 ff.

Veröffentlichungen der
Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen
Historikerkommission

Herausgegeben von Martin Schulze Wessel

Band 10

zugleich

Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte
im östlichen Europa

Herausgegeben von Detlef Brandes, Dietmar Neutatz,
Thorsten Pomian und Volker Zimmermann

Band 36

Christoph Buchheim/Edita Ivanicková/
Kristina Kaiserová/Volker Zimmermann (Hg.)

Die Tschechoslowakei
und die
beiden deutschen Staaten

Ústav mezinárodních vztahů, v.v.i.	
KNIHOVNA	
Přir. číslo	Signatura
Získáno/cena	Stran
1045	182
	Přílohy
	Pozn. Res

Das obere Titelbild zeigt die Ankunft der Delegation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zum VIII. SED-Parteitag unter Leitung des ZK-Generalsekretärs Dr. Gustáv Husák (Mitte) am 14. Juni 1971 auf dem Zentralfughafen Berlin-Schönefeld. Sie wurde empfangen von den Mitgliedern des Politbüros des ZK der SED Erich Honecker (links), Walter Ulbricht (rechts) und weiteren Mitgliedern der Parteiführung.

(Bundesarchiv – Bild 183-K0614-0006-003/Fotograf: Wolfgang Thiemme)

Das untere Titelbild zeigt die Unterzeichnung des Prager Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei im Czernin-Palais (Prag) am 11. Dezember 1972. Zu sehen sind (v.l.) der bundesdeutsche Außenminister Walter Scheel, Bundeskanzler Willy Brandt, der tschechoslowakische Ministerpräsident Lubomír Štrougal und der tschechoslowakische Außenminister Bohuslav Cháoupek.

(© Bundesregierung / Lothar Schaack)

Gedruckt mit einem Zuschuss des
Deutschen Akademischen Austauschdienstes.

1. Auflage Dezember 2010

Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen

Umschlag: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen

Druck: Griebisch und Rochol GmbH & Co. KG, Hamm

© Klartext Verlag, Essen 2010

ISBN 978-3-8375-0452-1

Alle Rechte vorbehalten

www.klartext-verlag.de

Dieser Band ist dem Andenken an

Prof. Dr. Christoph Buchheim

(* 18. April 1954 † 28. Dezember 2009)

Mitglied der Deutsch-Tschechischen und
Deutsch-Slowakischen Historikerkommission
gewidmet